

## NIEDERSCHRIFT Rat/025/2012

über die Sitzung des Rates der Stadt Billerbeck am 13.12.2012 im Sitzungssaal des Rathauses.

stellvertretender Vorsitzender:

Herr Bernhard Faltmann

Ratsmitglieder:

Herr Karl-Heinz Brockamp  
Herr Hans-Joachim Dübbelde  
Herr Günther Fehmer  
Herr Florian Heuermann  
Herr Ludger Kleideiter  
Herr Bernhard Kortmann  
Herr Bernd Kösters  
Herr Dr. Wolfgang Meyring  
Frau Brigitte Mollenhauer  
Herr Thomas Schulze Temming  
Herr Werner Wiesmann  
Herr Franz Becks  
Frau Sarah Bosse  
Herr Jürgen Brunn  
Herr Hans-Jürgen Dittrich  
Frau Margarete Köhler  
Herr Hans-Joachim Spengler  
Herr Thomas Tauber  
Herr Ralf Flüchter  
Frau Maggie Rawe  
Herr Ulrich Schlieker  
Herr Dr. Rolf Sommer  
Herr Helmut Knüwer  
Herr Hubert Maas

ab TOP 16. ö. S.

Von der Verwaltung:

Herr Rainer Hein  
Herr Peter Melzner  
Herr Hubertus Messing  
Herr Gerd Mollenhauer  
Frau Birgit Freickmann                      Schriftführerin

Beginn der Sitzung:                      18:00 Uhr  
Ende der Sitzung:                        20:20 Uhr

Der 1. stellv. Vorsitzende Herr Faltmann stellt fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

Herr Schlieker beantragt, den Tagesordnungspunkt 14. „Entwicklung eines Windparks an der Steinfurter Aa; hier: Ergebnis der Anliegerbefragung“ wie im Bezirksausschuss in zwei Tagesordnungspunkte zu gliedern.  
Dem Antrag wird **einstimmig** zugestimmt.

## **TAGESORDNUNG**

### **I. Öffentliche Sitzung**

**1. Bericht der Verwaltung über die abschließende Erledigung der in öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

Herr Messing berichtet über die Erledigung der in öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse. Der Bericht wird ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

**2. Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Teilnahme an Angeboten der Offenen Ganztagschule im Primarbereich in der Stadt Billerbeck**

Herr Messing weist darauf hin, dass der Abs. 7 des § 4, nach der die Elternbeiträge per Einzugsermächtigung eingezogen werden, gestrichen werden soll.

Hiermit erklären sich die Ratsmitglieder einverstanden.

Der Rat fasst folgenden

**Beschluss:**

Die Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Teilnahme an Angeboten der Offenen Ganztagschule im Primarbereich in der Stadt Billerbeck wird in der als **Anlage 1** dieser Niederschrift beigefügten Fassung beschlossen.

**Stimmabgabe:** einstimmig

**3. 5. Fortschreibung des Abwasserbeseitigungskonzeptes der Stadt Billerbeck (2011-2017); Bürgerantrag gem. § 24 Gemeindeordnung NRW der Nachbarschaft Gantweg vom 28.08.2012**

Herr Fehmer erklärt sich für befangen. Er begibt sich in den Zuschauer-raum und nimmt an der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil.

Herr Hein verweist auf die heute allen per E-Mail zugeleitete Antwort des Ministers, in der die Ansicht der Stadt Billerbeck und des Städte- und Gemeindebundes bestätigt werde. Im Interesse der allgemeinen Gebührenzahler appelliere er an alle Ratsmitglieder, der Bürgeranregung nicht zu folgen und der Forderung der Bezirksregierung zu entsprechen. Er

benötige unbedingt ein abgestimmtes ABK. Heute stehe die Vergabe der Arbeiten zur Erschließung des Industriegebietes Hamern an und nach der Vergabe müsse er einen Förderantrag stellen. Ohne abgestimmtes ABK würde ein solcher Antrag negativ beschieden. Dadurch würde allen Gebührenzahlern ein finanzieller Schaden entstehen.

Herr Dr. Meyring erklärt, dass die Mitglieder der CDU-Fraktion aus verschiedenen Gründen nicht einheitlich abstimmen werden. Zum einen seien sie der Meinung, dass die Abwasserbeseitigung im Außenbereich grundsätzlich über Kleinkläranlagen erfolgen sollte, zum anderen sei es sicherlich notwendig, ein abgestimmtes ABK zu haben. Er persönlich werde sich enthalten.

Herr Schlieker äußert großes Verständnis für das Aufbegehren der Bürger, die in ihre Kleinkläranlagen investiert hätten. Auf der anderen Seite seien aber die gesetzlichen Regelungen zu beachten. Er gehe davon aus, dass ein gangbarer Kompromiss gefunden wurde, in dem ein Anschluss erst bis 2023 erfolgen müsse. Insofern würden die Grünen heute für ein abgestimmtes ABK stimmen.

Herr Spengler führt aus, dass versucht wurde, für die Bürger das Möglichste heraus zu holen und sie ihre Kleinkläranlagen so lange wie möglich betreiben können. Es habe sich gezeigt, dass das nicht möglich ist. Aus diesem Grunde werden die Mitglieder der SPD-Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Herr Knüwer möchte in den Beschlussvorschlag aufnehmen, dass ein Anschluss nicht in dem Zeitraum 2018 – 2023 vorzunehmen ist, sondern im Jahre 2023.

Herr Hein erläutert, dass jetzt systembedingt nur ein Anschluss für den Zeitraum 2018 – 2023 festgelegt werden könne und erst 2018 das Jahr konkret festgeschrieben werden könne. Selbstverständlich könnte heute eine entsprechende Willensbekundung abgegeben werden. Er halte es aber für sinnvoll, den Kleinkläranlagenbetreibern die Möglichkeit zu geben, vor 2023 anzuschließen, wenn sich herausstelle, dass sie aufgrund von notwendig werdenden Reparaturen in ihre Kleinkläranlagen investieren müssen.

Herr Knüwer beantragt, eine entsprechende Willensbekundung in den Beschluss aufzunehmen.

Herr Brockamp macht deutlich, dass er die Entscheidung des Ministers für unsinnig halte. Auch die Art und Weise, wie die Entscheidung zustande gekommen sei, sei sehr unglücklich. Er werde sich der Stimme enthalten.

Mit einem Anschluss im Zeitraum 2018 – 2023 sei ein guter Kompromiss gefunden worden, so Herr Dittrich. Es mache aber Sinn, den tatsächlichen Anschluss flexibel zu ermöglichen.

Herr Maas schließt sich der o. a. Äußerung des Herrn Dr. Meyring an, dass einerseits der gesetzlichen Regelung Genüge getan werden müsse, andererseits aber die Abstimmung mit der Bezirksregierung unglücklich gelaufen sei. Er werde nicht zustimmen.

Der Rat fasst folgenden

**Beschluss:**

Dem Bürgerantrag gem. § 24 Gemeindeordnung NRW der Nachbarschaft Gantweg vom 28.08.2012 wird nicht gefolgt. Aufgrund der Forderung der Bezirksregierung wird der Anschluss von 9 Grundstücken im Bereich Hamern/Gantweg im 2. Zeitraum des Abwasserbeseitigungskonzeptes von 2018 – 2023 vorgesehen, mit der Maßgabe, dass der tatsächliche Anschluss erst 2023 erfolgen kann.

**Stimmabgabe:** 13 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 8 Enthaltungen

**4. Wirtschaftsplan des Abwasserbetriebes der Stadt Billerbeck für das Wirtschaftsjahr 2013**

Der Rat schließt sich dem Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses an und fasst folgenden

**Beschluss:**

1. Dem Wirtschaftsplan 2013, bestehend aus Erfolgs- und Vermögensplan, Finanzübersicht und Stellenplan, wird zugestimmt.
2. Der Gesamtbetrag der Kredite, die im Wirtschaftsjahr 2013 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden können, wird auf 558.153,95 € festgelegt.
3. Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Wirtschaftsjahr 2013 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 600.000,00 € festgelegt.

**Stimmabgabe:** einstimmig

**5. Gebührenbedarfsberechnung des Abwasserbetriebes der Stadt Billerbeck für das Wirtschaftsjahr 2013**

**hier: 4. Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Billerbeck vom 19. Dezember 2001**

Der Rat schließt sich dem Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses an und fasst folgenden

**Beschluss:**

1. Die Schmutzwassergebühr beträgt ab dem 01.01.2013 2,55 €/m<sup>3</sup>.
2. Die Niederschlagswassergebühr beträgt ab dem 01.01.2013 0,56 €/m<sup>2</sup>.

**Stimmabgabe:** einstimmig

**6. Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Billerbeck vom 19. Dezember 2001**

Der Rat schließt sich dem Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses an und fasst folgenden

**Beschluss:**

Die vorliegende 4. Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Billerbeck wird beschlossen.

**Stimmabgabe:** einstimmig

**7. Gebührenbedarfsberechnung 2013 für die Abfallbeseitigung**

Der Rat schließt sich dem Beschlussvorschlag des Ausschusses für Umwelt-, Denkmal- und Feuerwehrangelegenheiten an und fasst folgenden

**Beschluss:**

- a) Die der Sitzungsvorlage beigefügte Nachkalkulation für die Gebührenbedarfsberechnung 2011 wird zur Kenntnis genommen und beschlossen. Die entstandene Überdeckung wird dem bilanziellen Sonderposten für Gebührenaussgleich zugeführt.
- b) In Anwendung des § 6 Abs. 2 Kommunalabgabengesetz werden die im Sonderposten für den Gebührenaussgleich enthaltenen Überschüsse aus Vorjahren in Höhe von rd. 8.000,00 € entnommen und als Ertrag in der Gebührenbedarfsberechnung 2013 berücksichtigt.
- c) Die in der Anlage beigefügte Gebührenbedarfsberechnung 2013 wird zur Kenntnis genommen.
- d) Die Abfallbeseitigungsgebühren bleiben gegenüber dem Vorjahr unverändert.

**Stimmabgabe:** einstimmig

**8. Gebührenbedarfsberechnung für die Straßenreinigung 2013 in der Stadt Billerbeck einschließlich der 12. Änderung der Straßenreinigungs- und Gebührensatzung**

Der Rat schließt sich dem Beschlussvorschlag des Ausschusses für Umwelt-, Denkmal- und Feuerwehrangelegenheiten an und fasst folgenden

**Beschluss:**

- a) Die Abrechnung der Gebührenrechnung 2011 wird zur Kenntnis genommen und beschlossen. Der erzielte Überschuss wird dem Sonderposten für Gebührenaussgleich zugeführt.
- b) In Anwendung des § 6 Absatz 2 Kommunalabgabengesetz wird der im Sonderposten für den Gebührenaussgleich eingebuchte Überschuss in Höhe von 3.400,00 € entnommen und als Ertrag in der Gebührenbedarfsberechnung 2013 berücksichtigt.
- c) Die Gebührenbedarfsberechnung 2013 wird zur Kenntnis genommen und beschlossen. Der Gebührensatz je Frontmeter ermäßigt

- sich auf 1,17 €.
- d) Die 12. Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) der Stadt Billerbeck wird beschlossen.

**Stimmabgabe:** einstimmig

**9. Neufassung der Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Billerbeck**

Der Rat schließt sich dem Beschlussvorschlag des Ausschusses für Umwelt-, Denkmal- und Feuerwehrangelegenheiten an und fasst folgenden

**Beschluss:**

Die Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Billerbeck wird in der der Sitzungsvorlage zum Umwelt- und Denkmalausschuss zum 27. November 2012 beigefügten Fassung beschlossen.

**Stimmabgabe:** einstimmig

**10. Grundlagen für die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan 2013; hier: Erlass einer Hebesatzung**

Der Rat schließt sich dem Beschlussvorschlag des Haupt- und Finanzausschusses an und fasst folgenden

**Beschluss:**

Dem Erlass einer Hebesatzung mit unveränderten Realsteuerhebesätzen wird zugestimmt.

**Stimmabgabe:** einstimmig

**11. Festsetzung der Umlagebeiträge für die Wasser- und Bodenverbände in der Stadt Billerbeck;**

**hier: Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für Beiträge (Umlagen) der Wasser- und Bodenverbände**

Der Rat schließt sich dem Beschlussvorschlag des Bezirksausschusses an und fasst folgenden

**Beschluss:**

Die Umlagebeiträge für die Wasser- und Bodenverbände in der Stadt Billerbeck werden für 2013 je Hektar wie folgt festgesetzt:

Steinfurter Aa	12,25 EUR
Steinfurter Aa und Grienbach	3,66 EUR
Obere Berkel	5,47 EUR
Mittlere Berkel	7,12 EUR
Münstersche Aa (Oberlauf)	11,14 EUR

Obere Stever

11,27 EUR

Die 35. Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren und Beiträgen (Umlagen) der Wasser- und Bodenverbände wird in der vorliegenden Fassung (Anlage) beschlossen.

**Stimmabgabe:** einstimmig

12. **8. Änderung des Bebauungsplanes "Wüllen"**  
**hier: Planung eines Doppelhauses und von drei Einfamilienhäusern**  
 Herr Becks erklärt sich für befangen. Er begibt sich in den Zuschauer-  
 raum und nimmt an der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Ta-  
 gesordnungspunkt nicht teil.

Der Rat fasst folgenden

**Beschluss:**

Es wird eine frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB durchgeführt.

**Stimmabgabe:** einstimmig

13. **Antrag auf Änderung des Bebauungsplanes "Wüllen"**  
**hier: Neubau von zwei Mehrfamilienhäusern**  
 Herr Becks erklärt sich für befangen. Er begibt sich in den Zuschauer-  
 raum und nimmt an der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Ta-  
 gesordnungspunkt nicht teil.

Herr Flüchter stellt den Antrag, den Beschlussvorschlag zu ergänzen und die Verwaltung mit der Überarbeitung des Bebauungsplanes zu beauftra-  
 gen, mit dem Ziel, die mögliche Anzahl der Wohneinheiten zu erhöhen  
 und den Intentionen des Antragstellers zu folgen.

Herr Mollenhauer wirft ein, dass eine solche grundlegende Entscheidung  
 im Ausschuss vorbereitet werden sollte, da damit die bisherige Vorge-  
 hensweise konterkariert würde.

Frau Rawe geht davon aus, dass von allen Fraktionen die Form des  
 Mehrgenerationenwohnens und eine Verdichtung der Innenstadt auch mit  
 mehr als 2 Wohneinheiten auf einem Grundstück grundsätzlich gewollt  
 sei.

Herr Mollenhauer wiederholt Bezug nehmend auf die Ausführungen in  
 der Sitzungsvorlage zum Stadtentwicklungs- und Bauausschuss sowie  
 die Erörterung in der Sitzung, dass man hiermit sehr vorsichtig umgehen  
 müsse. Wenn jetzt von der bisherigen Vorgehensweise abgewichen wer-  
 de, würde das einen kompletten Systemwechsel bedeuten und es würde  
 ein Präzedenzfall geschaffen. Wolle man ein Mehrgenerationenhaus zu-  
 lassen, dann müsste ein verbindliches konkretes Konzept im Bauantrag

und ggf. in einem Vertrag hinterlegt werden.

Herr Kortmann hält ein Mehrgenerationenhaus generell für eine gute Sache. Wichtig sei aber, dass diese Art des Wohnens auch zum Charakter der jeweiligen Wohnstraße passe.

Herr Fehmer gibt zu bedenken, dass die Diskussion heute nicht übers Knie gebrochen werden sollte. Nach seiner Meinung sei man gut beraten, die Verwaltung heute mit der Vorbereitung der Bebauungsplanänderung zu beauftragen. Danach müsse der Fachausschuss über die grundlegenden Punkte detailliert beraten.

Herr Dittrich ist ebenfalls der Meinung, dass in Ruhe im Fachausschuss beraten werden müsse, da es sich um eine Grundsatzentscheidung handle.

Herr Knüwer schließt sich den Ausführungen des Herrn Fehmer an.

Herr Maas hält den Antrag des Herrn Flüchter für nachvollziehbar. Die Zeiten änderten sich. Nicht nur in Billerbeck, sondern in ganz Nordrhein-Westfalen sei eine Wohnungsnot absehbar. Deshalb sollte grundsätzlich darüber nachgedacht werden, ob Mehrfamilienhäuser künftig nur im Stadtgebiet oder auch woanders zugelassen werden. Er sehe bereits für 2013 die Notwendigkeit, hierüber im Fachausschuss zu diskutieren und bitte die Verwaltung, die Diskussion auf den Weg zu bringen.

Herr Mollenhauer weist auf die Beratungen zur Festlegung von Verdichtungsbereichen hin, die jedoch nicht zum Abschluss gebracht wurden. Diese müssten dann fortgesetzt werden.

Herr Flüchter verweist auf den ursprünglichen Beschlussvorschlag der Verwaltung, der vorsah, dass Ziel der Bebauungsplanänderung der Erhalt des Gebietscharakters des Einfamilienhausgebietes durch die Beschränkung der Menge der Wohneinheiten sein soll. Seine Intention sei, dass das nicht das alleinige Ziel sein soll und Ergebnis offen diskutiert werden soll. Wenn das heute so mitgenommen werde, ziehe er seinen Antrag zurück.

Nachdem Frau Mollenhauer den Antrag auf Abstimmung stellt, sich keine Rede oder Gegenrede ergibt, fasst der Rat folgenden

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Änderung des Bebauungsplanes vorzubereiten.

**Stimmabgabe:** einstimmig

**14. Entwicklung eines Windparks an der Steinfurter Aa  
hier: Ergebnis der Anliegerbefragung**

Herr Schlieker erklärt sich für befangen. Er begibt sich in den Zuschauer-

raum und nimmt an der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil.

Der Rat schließt sich dem Beschlussvorschlag des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses an und fasst folgenden

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, an dem Konzept zur Entwicklung eines Windparks an der Steinfurter Aa weiterzuarbeiten. Neben dem Standort 1 ist zu prüfen, ob weitere Standorte möglich sind. Dazu werden die betroffenen Belange (z. B. Nachbarschutz, benachbarte Windkraftanlagen, Überschwemmungsgebiet) auch mit den Fachbehörden möglichst umfassend vorgeprüft und die Ergebnisse mit den Betroffenen und den Initiatoren erörtert.

**Stimmabgabe:** 22 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung

**15. Inhaltliche und finanzielle Beteiligung der Stadt an dem Windpark Steinfurter Aa**

Herr Fehmer erklärt, dass er in Zeiten knapper Finanzen und Haushaltskonsolidierung eine finanzielle Beteiligung der Stadt an dem Windpark nicht für angemessen halte. Gegen eine Beteiligung z. B. in Form von Ökopunkten o. ä. sei dagegen nichts einzuwenden.

Frau Rawe äußert, dass sie überhaupt kein Problem mit einer finanziellen städtischen Beteiligung hätte. Das sei auch ein Zeichen nach außen. Außerdem befinde man sich auf dem Weg zur energieautarken Kommune. Aber der Beschlussvorschlag sehe ja zunächst nur vor, die Möglichkeiten einer inhaltlichen und finanziellen Beteiligung zu prüfen.

Herr Tauber meint, dass immer wenn es um Geld gehe, man Ergebnis offen eingestellt sein sollte. Vielleicht ergebe sich auch ein finanzieller Vorteil für die Stadt. Wenn nicht, werde der Rat dem auch nicht zustimmen. Also sollte die Verwaltung erst die Möglichkeiten prüfen.

Herr Maas legt dar, dass es nicht zu den Aufgaben einer Stadt gehöre, sich finanziell an einer Windkraftanlage zu beteiligen.

Herr Dittrich weist darauf hin, dass sich die Stadt als energieautarke Kommune weiter entwickeln wolle und ihr vor diesem Hintergrund eine finanzielle Beteiligung gut zu Gesicht stehen würde.

Wer mitreden wolle, müsse sich finanziell beteiligen, so Herr Flüchter. In welcher Höhe sollte derzeit aber offen bleiben.

Herr Knüwer ist ebenfalls der Meinung, dass sich eine Stadt nicht gewerblich betätigen sollte. Wenn eine finanzielle Beteiligung erfolgen sollte, dann allenfalls über einen Eigenbetrieb.

Herr Brockamp stellt den Antrag auf Abstimmung. Ohne Rede oder Ge-

genrede fasst der Rat folgenden

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, Möglichkeiten zu prüfen, wie sich die Stadt Billerbeck an dem Windpark inhaltlich und finanziell konkret beteiligen kann.

**Stimmabgabe:** 22 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen

**16. Antrag der CDU Fraktion vom 08.11.2012  
hier: Einholung von Informationen über Media-Stelen (Touristen-Info-System)**

Herr Brockamp begründet den Antrag der CDU-Fraktion.

Herr Knüwer merkt an, dass der Antrag dem von der FDP-Fraktion vor Jahren gestellten Antrag entspreche und er dem zustimmen könne.

**Beschluss:**

Der Antrag der CDU-Fraktion vom 08.11.2012 wird an den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen.

**Stimmabgabe:** 23 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen

**17. Antrag der CDU Fraktion vom 08.11.2012  
hier: Ansiedlung eines Drogeriemarktes in Billerbeck**

Herr Fehmer begründet den Antrag der CDU-Fraktion.

Herr Knüwer bringt zum Ausdruck, dass er sich sehr wundere, dass der Antrag der CDU heute auf der Tagesordnung stehe. Hierüber hätte man schon vor gut einem Jahr diskutieren können. Die FDP habe bereits am 04.09.2011 den Antrag gestellt, geeignete Flächen für die Ansiedlung eines Marktes im Innenstadtbereich zu eruieren. Wenn dieser Antrag damals nicht abgelehnt, sondern an den Ausschuss verwiesen worden wäre, hätte man nicht ein Jahr Zeit verloren.

Auf Nachfrage von Herrn Dittrich zur Vermischung eines Drogeriemarktes mit ernstings family erläutert Herr Fehmer, dass für die CDU auch eine Geschäftskombination denkbar wäre. Er könne nicht nachvollziehen, dass es in Billerbeck nur wenige Kilometer vom Hauptstammsitz entfernt keine Filiale von ernstings family mehr geben soll.

Herr Maas hält die Ausführungen von Herrn Fehmer für richtig, allerdings sei das Ganze zu kurz gedacht. Gespräche liefen ja; diese würden aber schnell enden, wenn es um die Frage der frequenzstarken Bereiche gehe. Es sei vollkommen richtig, dass ein Drogeriemarkt in der Innenstadt wünschenswert wäre. Aber dafür müsse als erstes ein Konzept für Billerbeck erarbeitet werden, das den Unternehmen vorgelegt werden könne. Ohne ein solches Konzept werde kein Unternehmen hierher kommen.

Herr Schlieker hofft, dass ein Standort für einen Drogeriemarkt in der Innenstadt gefunden wird und man nicht auf die Peripherie ausweichen müsse.

Herr Brunn stört im CDU-Antrag die Formulierung, dass bzgl. eines Standortes alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden sollen. Für ihn komme nur die Innenstadt infrage. Der Ansiedlung eines Drogeriemarktes bei K & K/Lidl werde er nicht zustimmen.

Herr Knüwer macht deutlich, dass für ihn das Gleiche gelte. Ein Drogeriemarkt dürfe nur in unmittelbarer Nachbarschaft der Lange Straße angesiedelt werden.

Herr Fehmer wirft ein, dass man mit einer solchen Einschränkung das Ganze ad absurdum führe. Dann brauche man die Verwaltung erst gar nicht beauftragen. Sicherlich wäre ihm ein Standort in der Innenstadt auch lieber, aber auch der Bereich K & K/Lidl sei für ihn immer noch stadtnah. Bei der Standortsuche müsse man sich breit aufstellen.

Herr Maas erläutert, dass ein Drogeriemarkt nur nach Billerbeck käme, wenn eine Verkaufsfläche von 650 qm + 150 qm Nebenflächen also 800 qm zur Verfügung stünden. Eine solche Fläche sei in der Innenstadt aber nicht verfügbar. Rossmann wäre evtl. bereit in die Innenstadt zu kommen, wenn es ein Konzept gäbe. Auch ernsting's family habe gesagt, solange Billerbeck kein Konzept habe, würden sie sich nicht für Billerbeck interessieren. Also könne er nur appellieren, dass sehr bald ein Konzept erstellt wird.

Herr Becks wirft ein, dass dann auch über das Einzelhandelskonzept diskutiert werden müsse.

Frau Rawe macht deutlich, dass sie nicht wolle, dass Märkte aus dem Innenbereich abziehen. Derzeit könne man nur spekulieren, wie man Unternehmen nach Billerbeck bekomme. Man müsse von den Unternehmen wissen, was sie wollen, damit die Stadt daraufhin ihre Position festzurren könne. Deshalb würde sie eine Verweisung des Antrages in den Ausschuss befürworten. Dann könnten die Grundlagen erarbeitet werden, damit sei noch lange nichts beschlossen.

Herr Brockamp weist darauf hin, dass man sich auf veränderte Zeiten und Realitäten einstellen und ggf. das Einzelhandelskonzept ändern müsse.

Frau Mollenhauer macht deutlich, dass ihr die Diskussion zu den Anträgen zu weit ginge. Diese sollten an den Ausschuss verwiesen und so auf den Weg gebracht werden.

Herr Tauber erinnert daran, dass das Wort „aller“ den Anstoß zu dieser Diskussion gegeben habe. Mit diesem Wort werde eine Willensbekundung abgegeben; außerdem stehe das Einzelhandelskonzept dem entgegen. Er fordere die CDU auf, den Antrag zu modifizieren, dann werde

die SPD auch mitgehen.

Herr Fehmer unterstreicht, dass der CDU eine Standortprüfung unter Berücksichtigung aller Möglichkeiten wichtig sei. Sicher gebe es das Einzelhandelskonzept, das sei aber nicht starr und manchmal werde man auch von der Aktualität eingeholt. Man sollte sich nicht von Anfang an einschränken, sondern erst einmal eruieren, was die Unternehmen haben wollen. Eine Standortbeschränkung auf den Innenstadtbereich wäre ein k.o.-Kriterium.

Frau Köhler erklärt, dass sie sich dem Antrag nicht anschließen werde und auch eine Verweisung an den Ausschuss ablehne. Eine Prüfung „aller“ Möglichkeiten sei doch ein Schlag ins Gesicht für alle, die in der Innenstadt ihre Geschäfte haben. Damit würde man auch die verraten, die in der Innenstadt arbeiten.

Er habe bisher gedacht, dass man die Innenstadt stärken wolle, so Herr Brunn. Wenn man alles offen lasse und einen Drogeriemarkt an der Peripherie zulasse, sei die Innenstadt tot. Der erste Schritt müsste sein, mit den Unternehmen Gespräche zu führen mit dem Ziel, dass sie in die Innenstadt kommen. Erst wenn dieser Schritt nicht klappen sollte, könne man den zweiten Schritt tun. Zunächst sei wichtig, was die Stadt wolle.

Frau Rawe appelliert an die SPD-Fraktion einer Verweisung des Antrages an den Fachausschuss zuzustimmen. Sie glaube, dass die Verwaltung in den Gesprächen mit den Unternehmen schon ausloten werde, wozu sie bereit sind.

Herr Dittrich möchte, dass eine klare Priorisierung für die Innenstadt festgelegt wird.

Herr Kortmann spricht sich für eine abschließende Beratung im Ausschuss aus und stellt den Antrag auf Abstimmung.

Herr Messing erläutert zur Klarstellung, dass normalerweise Fraktionsanträge ohne weitere Handlungsempfehlung für die Verwaltung an den Fachausschuss verwiesen würden. Der Ausschuss lege dann die weitere Vorgehensweise fest. Wenn heute dieser Schritt übersprungen würde, dann müsste der Verwaltung schon ein klarer Handlungsauftrag erteilt werden.

Herr Faltsmann weist darauf hin, dass im CDU-Antrag beschrieben sei, wie die Verwaltung tätig werden soll und anschließend Ergebnis offen im Ausschuss diskutiert werden könne.

Der Rat fasst folgenden

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, kurzfristig eine Möglichkeit zu erarbeiten, um die Ansiedlung eines Drogeriemarktes in Billerbeck zu ermöglichen und dazu Kontakt mit einzelnen Drogeriemarktbetreibern aufzunehmen.

Dabei ist eine Standortprüfung unter Berücksichtigung aller Möglichkeiten vorzunehmen.

**Stimmabgabe:** 17 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 4 Enthaltungen

**18. Antrag der CDU Fraktion vom 18.11.2012**  
**hier: Beckenabdeckung für das Freibad in Billerbeck**  
 Herr Fehmer begründet den Antrag.

Herr Schlieker merkt kritisch an, dass er bereits vor einiger Zeit einen Antrag für eine Beckenabdeckung, auch mit dem Verweis auf Havixbeck gestellt habe. Dieser Antrag sei allerdings damals von der CDU und SPD abgelehnt worden.

Herr Fehmer legt dar, dass es nicht seine Intention sei, etwas Neues aufzutun; aber die Situation in Havixbeck sei heute eine andere und in der Sitzung habe Herr Blenke damals nur wenig zur Beckenabdeckung gesagt.

Herr Dittrich legt dar, dass er sehr überrascht sei, dass dem Antrag bereits ein komplettes Angebot beigefügt sei. Wenn sich die Situation tatsächlich so darstelle, wie im Antrag und die Kosten für eine Abdeckung deutlich niedriger seien, dann sollte das im Ausschuss besprochen werden. Allerdings sollte nicht nur mit Havixbeck, sondern auch mit Nottuln Kontakt aufgenommen werden, da Havixbeck sich in Nottuln informiert habe.

**Beschluss:**

Der Antrag der CDU-Fraktion vom 18.11.2012 wird an den Schul- und Sportausschuss verwiesen.

**Stimmabgabe:** einstimmig

**19. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26.11.2012**  
**hier: Fachärztemangel in Billerbeck**  
 Herr Schlieker begründet den Antrag.

Nach kurzer Erörterung fasst der Rat folgenden

**Beschluss:**

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird an den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen. Zur Sitzung soll ein Vertreter der zuständigen Kassenärztlichen Vereinigung eingeladen werden.

**Stimmabgabe:** einstimmig

**20. Bürgeranregung gem. § 24 GO NW vom 21.11.2012**  
**hier: Änderung der Zuständigkeitsordnung des Rates**

Herr Roos erläutert seine Anregung, dass der Rat für die Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens zuständig sein soll, wenn der geplante Stall mindestens für die Hälfte der Tierplätze der 4. BImSchV ausgelegt ist.

Herr Dittrich beantragt, der Bürgeranregung heute zu folgen und eine Änderung der Zuständigkeitsordnung jetzt zu beschließen.

Herr Wiesmann führt aus, dass die Zuständigkeitsordnung derzeit regelt, dass über sämtliche gewerbliche Ställe beraten wird. Die Verwaltung sei darüber hinaus gegangen und habe Ställe, die kritisch gesehen werden, auch auf die Tagesordnung genommen. Damit sei man bisher gut beraten gewesen. Auch wenn jetzt über landwirtschaftliche Ställe beraten werden soll, gebe es keinerlei Möglichkeit, Einfluss zu nehmen. Deshalb mache eine Änderung der Zuständigkeitsordnung keinen Sinn.

Herr Schlieker entgegnet, dass dies sehr wohl Sinn mache. Jetzt sei man an einem Punkt angelangt, wo man sagen müsse, dass Billerbeck keine weiteren Ställe mehr vertrage. Er sehe es als seine Pflicht als Ratsmitglied an, über jeden Stall diskutieren zu können. Jede Möglichkeit der Einflussnahme müsse genutzt werden.

Herr Knüwer äußert, dass er gerne mitbestimmen möchte und ihm das leider in den Ausschüssen verwehrt sei, deshalb unterstütze er die Bürgeranregung.

Herr Fehmer erklärt, dass sich aus Sicht der CDU-Fraktion nach langwierigen und immer wiederkehrenden Diskussionen über die Erteilung gemeindlichen Einvernehmens keine Änderung ergeben habe. Es sei nach wie vor so, dass die Stadt nur tätig werden könne, wenn städtebauliche Belange betroffen seien. Die CDU-Fraktion werde an der Beibehaltung der bisherigen Zuständigkeitsordnung festhalten. Es gebe andere Mittel und Wege tätig zu werden. Sie seien hier das schwächste und letzte Glied und würden an den Pranger gestellt für Sachen, die sie nicht zu entscheiden hätten.

Herr Dittrich hält dem entgegen, dass man aber hier den Bürgern am Nächsten sei. Wenn es um die Gesundheit der Bürger gehe, werde er nur nach seinem Gewissen entscheiden und keinem weiteren Stall einfach zustimmen. Wenn die CDU-Fraktion Bürgerbeteiligung ernst nehme, müsse sie zumindest zustimmen, dass alle Ratsmitglieder ihre Stimme einbringen können; denn die Verhältnisse im Ausschuss entsprechen nicht den Verhältnissen im Rat.

Herr Maas stellt heraus, dass der Bau von Hähnchenmastställen ein wichtiges Thema für Billerbeck sei. Demnächst stünden aber noch weitere wichtige Themen an, wie z. B. die Entwicklung der Innenstadt, über die auch alle Ratsmitglieder entscheiden sollten. Deshalb stimme er für die Bürgeranregung.

Frau Bosse möchte jetzt keine inhaltliche Grundsatzdiskussion mehr füh-

ren. Das Versagen des gemeindlichen Einvernehmens sei ein deutliches politisches Signal, und sollte von den Ratsmitgliedern so dargestellt werden, wie die Wähler gewählt haben und nicht wie sie aufgrund einer Änderung der Ausschussbesetzung verzerrt dargestellt werden.

Herr Dr. Meyring weist darauf hin, dass sich die Mitglieder der Fachausschüsse mit den Themen intensiv befassen und sich besonders auskennen würden. Außerdem müssten Fristen eingehalten werden, was häufigere Ratssitzungen zur Folge hätte.

Herr Kortmann stellt den Antrag auf Abstimmung.

Herr Messing verliest eine entsprechend vorbereitete Änderung der Zuständigkeitsordnung.

Der Rat fasst folgenden

**Beschluss:**

Die 1. Änderung der Zuständigkeitsordnung wird in der als **Anlage 2** dieser Niederschrift beigefügten Fassung beschlossen.

**Stimmabgabe:** 13 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen

**21. Bürgeranregung gem. § 24 GO NW vom 30.11.2012  
hier: Innenstadt und Einzelhandel**

Herr Maas weist darauf hin, dass der Antrag durchaus mit dem Antrag der CDU verknüpft werden könnte.

Herr Dittrich macht deutlich, dass er keine Standorte im Außenbereich bei Aldi oder K & K zulassen möchte.

Herr Maas führt an, dass es um eine grundsätzliche Prüfung gehe, was möglich ist und was das Einzelhandelskonzept aushalte und was nicht.

Herr Tauber weist darauf hin, dass diese Diskussion bereits zu einem vorherigen Tagesordnungspunkt geführt wurde und stellt den Antrag auf Abstimmung.

Der Rat fasst folgenden

**Beschluss:**

Die Bürgeranregung vom 30.11.2012 wird an den Stadtentwicklungs- und Bauausschuss verwiesen.

**Stimmabgabe:** 18 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen

**22. Bürgeranregung gem. § 24 GO NW vom 30.11.2012  
hier: Förderung der Frequenz in der Innenstadt**

Herr Maas begründet die Bürgeranregung.

Der Rat fasst folgenden

**Beschluss:**

Die Bürgeranregung vom 30.11.2012 wird an den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen.

**Stimmabgabe:** 19 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

Bei der Abstimmung war Frau Rawe nicht anwesend.

**23. Mitteilungen**

**23.1. Genehmigung einer Vierzügigkeit an der Gemeinschaftsschule - Herr Messing**

Herr Messing führt aus, dass die Bürgermeisterin beauftragt wurde, die Schulministerin bzgl. der Genehmigung einer Vierzügigkeit an der Gemeinschaftsschule anzuschreiben. In den letzten Tagen sei die Antwort von Frau Löhmann eingegangen. Diese ist als **Anlage 3** dieser Niederschrift beigefügt.

**23.2. Ersatzanpflanzungen am Gantweg - Herr Mollenhauer**

Zum Hinweis des Herrn Flüchter in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt-, Denkmal- und Feuerwehrangelegenheiten am 08.05.2012, dass die langen Triebe an den neu angepflanzten Bäumen am Gantweg zurückgeschnitten werden müssen, teilt Herr Mollenhauer mit, dass der Rückschnitt durchgeführt und die Eigentümer auf die Einhaltung der Grenzen hingewiesen wurden. Hier müsse aber noch nachgehakt werden.

**23.3. Ampelanlage L 580/Hilgenesch - Herr Mollenhauer**

Zum Hinweis des Herrn Brockamp in der Stadtentwicklungs- und Bauausschusssitzung am 15.05.12, dass die Ampel am Hilgenesch durch Äste verdeckt sei, teilt Herr Mollenhauer mit, dass die Ampel freigeschnitten wurde.

**23.4. Ausschilderung Berkelradweg - Herr Mollenhauer**

Herr Mollenhauer bezieht sich auf den Hinweis des Herrn Knüwer in der Stadtentwicklungs- und Bauausschusssitzung vom 15.05.2012, wonach die Ausschilderung des Berkelradweges im Bereich Abzweig in Richtung

Kläranlage nicht in Ordnung sei und teilt mit, dass eine ordnungsgemäße Ausschilderung vorhanden sei.

**23.5. Beleuchtung Helker Berg - Herr Mollenhauer**

Herr Mollenhauer bezieht sich auf den Hinweis des Herrn Geuking in der Ratssitzung am 31.05.2012, wonach die Beleuchtungssituation am Helker Berg überprüft werden sollte. Die Überprüfung habe ergeben, dass zwei Leuchten defekt und mehrere zerschossen waren.

**23.6. Buswendeplatz in der Gärtnersiedlung - Herr Mollenhauer**

Herr Mollenhauer teilt zum Hinweis des Herrn Flüchter auf den desolaten Zustand des Buswendeplatzes in der Gärtnersiedlung mit, dass der Platz nicht zum Wenden genutzt werde. Der Bus fahre durch. Vorübergehend sei der Platz als Zwischenlager für den Radwege-Schotter genutzt worden, müsste aber inzwischen wieder frei sein.

**23.7. Unebenheiten auf der L 580 Billerbeck/Rorup - Herr Mollenhauer**

Zu den mehrfachen Anfragen, zuletzt durch Herrn Brockamp, bzgl. der Unebenheiten auf der L 580 teilt Herr Mollenhauer mit, dass diverse Überprüfungen erfolgt seien und der Landesbetrieb davon ausgehe, dass die Firma verantwortlich sei. 300 m würden saniert, aufgrund der Witterung aber erst im Frühjahr.

**23.8. Lautsprecherdurchsagen im Bahnhof - Herr Mollenhauer**

Zur Nachfrage von Herrn Brunn in der HFA-Sitzung am 28.06.2012, dass Lautsprecherdurchsagen im Bahnhofsgebäude nicht zu hören seien, teilt Herr Mollenhauer mit, dass mehrfach Gespräche mit der DB Netz geführt wurden. Wenn überhaupt im Inneren des Bahnhofgebäudes Lautsprecherdurchsagen zu hören sein sollen, dann wäre das sehr aufwändig und teuer. Durchsagen erfolgten aber auch nur noch, wenn Besonderheiten auftreten, nicht bei der normalen Einfahrt eines Zuges. Die Verwaltung bleibe am Ball.

**23.9. Pflegearbeiten auf dem Friedhof - Herr Messing**

Herr Messing teilt zum Hinweis der Frau Bosse in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt-, Denkmal- und Feuerwehrangelegenheiten am 08.05.12 mit, dass die beauftragten Unternehmen eindringlich auf die Einhaltung der Arbeitsschutzvorschriften hingewiesen wurden, insbeson-

dere beim Einsatz von Auszubildenden und Praktikanten. Auch wenn den Firmen der konkrete Fall nicht bekannt war, so wurde Beachtung zugesagt.

## **24. Anfragen**

### **24.1. Steigende Anzahl von Asylbewerbern - Herr Schlieker**

Herr Schlieker erkundigt sich, ob auch in Billerbeck die Anzahl der Asylbewerber steige, welche Kapazitäten vorhanden seien und ob diese ausreichen.

Herr Mollenhauer teilt mit, dass in den vergangenen Jahren die Kapazitäten bis auf das Haus an der Osterwicker Straße reduziert wurden. Da dieses aus allen Nähten platze, sei ein kleines Gebäude zusätzlich angemietet worden. Ob die Räumlichkeiten auf Dauer ausreichen werden, wisse er heute nicht.

### **24.2. Pflasterung am Bahnsteig - Herr Brunn**

Herr Brunn weist auf den katastrophalen Zustand des Pflasters am Bahnsteig hin. Dort müssten dringend sofort Sicherungsmaßnahmen ergriffen werden, da die Platten wackelig seien und Fahrgäste stürzen können.

Herr Mollenhauer erläutert, dass Streusalz durch die Fugen eindringe und dadurch die Ränder aufweichen während die Mitte gefroren bleibe. Er werde die Bahn auf die Gefahrensituation hinweisen.

### **24.3. Winterdienst - Herr Brunn**

Herr Brunn hält es für erforderlich, die Bürger auf ihre Räum- und Streupflicht hinzuweisen. Darüber hinaus sollten sie darauf aufmerksam gemacht werden, dass das Streuen von Salz nur auf Gefällestrecken erlaubt ist.

Herr Mollenhauer bittet die anwesende Pressevertreterin um entsprechende Berichterstattung.

### **24.4. Verkauf der Provinzial-Versicherung - Herr Knüwer**

Herr Knüwer weist darauf hin, dass sich einige Kommunen im Umkreis gegen den Verkauf der Provinzial Versicherung ausgesprochen hätten und erkundigt sich, ob Billerbeck das auch beabsichtige.

Herr Messing führt aus, dass sich die Kommunen über den Sprecher der Bürgermeister, Herrn Borgmann, positioniert hätten. Herr Borgmann habe deutlich gemacht, dass die Kommunen keinen Verkauf wünschen.

Herr Dr. Meyring merkt an, dass ggf. der Rat eine Resolution verfassen sollte.

**24.5. Winterdienst auf der L 506 - Herr Dr. Meyring**

Herr Dr. Meyring bittet die Verwaltung, den Landesbetrieb auf seine Streupflicht auf der L 506 hinzuweisen. Er habe festgestellt, dass dort morgens nicht gestreut war.

**24.6. Geschwindigkeitsreduzierung L 506 - Herr Dr. Meyring**

Herr Dr. Meyring weist zum wiederholten Male darauf hin, dass vermutlich das Tempo 70 Schild bei Thumann von Billerbeck kommend verkehrt herum stehe.

Herr Messing sagt zu, den Hinweis an den Landesbetrieb weiter zu geben.

**25. Einwohnerfragestunde gemäß § 18 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Billerbeck**

Keine

Bernhard Faltmann  
1. stellv. Bürgermeister

Birgit Freickmann  
Schriftführerin